

Postulat Fraktion SP (Katharina Altas/Marieke Kruit): Wohnen mit Dienstleistungen - Stadt Bern soll die Versorgungslücke für EL-Beziehende und RentnerInnen mit bescheidenem Einkommen schliessen

Bern ist eine Stadt, die Familien, Jungen und Alten eine hohe Lebensqualität bietet. Allerdings nimmt die Anzahl älterer Menschen stetig zu, auch in Bern. Diese Tatsache hat weitreichende gesellschaftliche Folgen und erfordert einen breiten Fächer an Möglichkeiten für Wohnen im Alter. Der Grundsatz „ambulant vor stationär“ ist besonders für ältere Menschen zentral. Dies vermeidet teure Heimaufenthalte und ermöglicht den Seniorinnen und Senioren, möglichst lange ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben führen zu können. Dies darf kein Privileg von Personen mit hohem Einkommen sein.

Wohnen mit Dienstleistungen bietet sich an für Personen, die geringen oder keinen Pflegebedarf haben, allerdings aufgrund des hohen Alters nicht mehr ohne Hilfe leben können. Älteren Menschen wird der Alltag erleichtert durch Dienstleistungen wie Reinigung, gelieferte Mahlzeiten, hindernisfreies Wohnen, Teilnahme an Veranstaltungen oder Notrufbereitschaft. Das Angebot schliesst die Lücke zwischen dem selbstständigen Wohnen zuhause und dem Leben in einem Pflegeheim. In der Stadt Bern wird diese Wohnform u.a. von Domicil Bern AG angeboten; die Stadt Bern ist mit 20% an dieser Gruppe beteiligt.

Bereits per 2013 wurde im Kanton Bern das ehemalige „Wohnheimmodell“ gestrichen, das die Basis für Subventionen an das Wohnen mit Dienstleistungen bildete (mit Besitzstandswahrung für bestehende Verträge). Viele Institutionen der Langzeitpflege führen nun keine Angebote mehr, die für Beziehende von Ergänzungsleistungen (EL) bezahlbar wären. Dazu kommt, dass auch auf Anfang dieses Jahres der kantonale Zuschuss nach Dekret weggefallen ist, den Seniorinnen und Senioren erhalten haben, die trotz EL finanziell minderbemittelt sind. Zudem werden Hauswirtschafts- und sozialbetreuerische Leistungen nicht mehr subventioniert. Dadurch steht für Menschen mit tiefem Einkommen und wenig Vermögen – mit oder ohne (EL) – kein Angebot in der Übergangsphase zwischen dem Leben zuhause und dem Übertritt in eine Institution mehr zur Verfügung.¹

Von den Ende 2012 in der Stadt Bern insgesamt ca. 4500 Personen, die EL zur AHV beziehen, leben rund zwei Drittel zu Hause und ein Drittel im Heim. Per Ende 2012 waren 45 Prozent der im Heim lebenden EL-beziehenden Personen in den tiefen Pflegestufen null bis zwei (kleiner Pflegebedarf) eingestuft. Es gibt im Kanton Bern Anzeichen, dass eine tiefere Entschädigung für die Pflege in den tiefen Pflegestufen, die Heime dazu verleitet, Personen mit hohem Pflegebedarf zu bevorzugen.

Die Zahlen und Fakten sprechen für sich: Die Hürde für den Eintritt ins Pflegeheim wurde erhöht, Hauswirtschafts- und sozialbetreuerische Leistungen werden nicht mehr subventioniert, der kantonale Zuschuss nach Dekret wurde abgeschafft. Finanziell schlechter gestellte Rentnerinnen und Rentner, die nicht pflegebedürftig sind, sondern lediglich altersbedingte gesundheitliche Einschränkungen haben, können sich kaum Leistungen wie Reinigung, gelieferte Mahlzeiten oder Notrufbereitschaft leisten. Hier besteht eine Versorgungslücke. Bereits in der Antwort auf eine Interpellation der SP-Fraktion von 2014 weist der Gemeinderat auf diese Versorgungslücke hin.²

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen

¹ http://www.vbb-abems.ch/files/TX75VA7/finanzierung_wohnen_mit_dienstleistungen_ab_2013.pdf

² 2014.SR.000122 Interpellation Fraktion SP (Marieke Kruit, Yasemin Cevik) „Drohen hohe Kosten und frühere Heimeintritte? Das kantonale Sparpaket ASP verschlechtert die Versorgung pflegebedürftiger Menschen in der Stadt Bern“

1. wie diese Versorgungslücke auf Gemeindeebene geschlossen werden kann, damit auch Be-
tagten mit EL oder kleinerem Budget der Zugang zu Wohnen mit Dienstleistungen offen steht
und
2. weitere Angebote auszubauen – wie Wohnen plus, Alters-WG und Generationenwohnen.

Bern, 15. September 2016

Erstunterzeichnende: Katharina Altas, Marieke Kruit

*Mitunterzeichnende: Martin Krebs, Benno Frauchiger, Gisela Vollmer, Ingrid Kissling-Näf, Lena
Sorg, Michael Sutter, David Stampfli, Barbara Nyffeler, Edith Siegenthaler, Halua Pinto de Magal-
hães, Fuat Köçer, Nora Krummen, Johannes Wartenweiler, Yasemin Cevik, Peter Marbet*

Antrag des Gemeinderats

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 14. Dezember 2016

Der Gemeinderat